



Arm in einem reichen Land

Forderungen zu den Aktionswochen „Arm in einem reichen Land“

Einleitung:

Die Europäische Union hat das Jahr 2010 zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Der Schwerpunkt liegt hierbei beim Thema „Familie“. Deutlich wird darauf hingewiesen, dass Kinder aus armen Familien oftmals als Erwachsene auch arm oder armutsgefährdet sind, weil ihre Chancen, z.B. durch schlechteren Zugang zu Bildungsangeboten, schon in einem frühen Alter untergraben werden. Armut führt in vielen Fällen auch zu sozialer Ausgrenzung.

In Deutschland leben rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung unterhalb der von der EU definierten Armutsgrenze. Besonders gefährdet sind hierbei kinderreiche Familien, Familien mit alleinerziehenden Eltern sowie jüngere und ältere Menschen. Hierbei handelt es sich bei einem Großteil der Betroffenen um Frauen. Das im deutschen Grundgesetz verankerte Sozialstaatsprinzip verpflichtet zudem die politisch Verantwortlichen, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Bürgerinnen und Bürgern eine Sicherung ihrer Existenz ermöglichen. Dies erfordert ein Bündel von Maßnahmen in unterschiedlichen Politikfeldern:

Im Politikfeld Arbeitsmarkt: Existenz sichernde Erwerbseinkommen

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors und der prekären Beschäftigungsverhältnisse muss gestoppt werden. Erwerbsarbeit von Frauen muss zu ihrer ökonomischen Unabhängigkeit führen und darf nicht bloßer Zuverdienst sein. Dies muss durch die Individualbesteuerung auch in der Ehe unterstützt werden.

Wir fordern:

- einen gesetzlichen Mindestlohn von 7,50 € pro Stunde,
- die Abschaffung des Ehegattensplittings,
- ein Gesetz zur Durchsetzung des Entgeltgleichheitsgebots unter Wahrung der Tarifautonomie.

Im Politikfeld Soziale Sicherungssysteme: Armutsfestigkeit

Weibliche Altersarmut hat ihre rentenbiografische Ursache nicht nur in den geschlechtsspezifischen Entgeltunterschieden, sondern darüber hinaus in familienbedingten Erwerbsunterbrechungen oder Arbeitszeitreduzierung. Soweit diese nicht durch die seit langem geforderte Verbesserung der Betreuungs- und Pflegeangebote vermieden werden konnten, müssen Rentenlücken und Niedrigeinkommen kompensiert werden.

Wir fordern:

- rentenrechtliche Verbesserungen innerhalb der Kinderberücksichtigungszeiten,
- die Einführung von Mindestsicherungselementen in die gesetzliche Rentenversicherung,

- die grundsätzliche Beibehaltung der paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Im Politikfeld Familie: Förderung muss am tatsächlichen Bedarf ansetzen

Familienarmut hat ihre hauptsächlichlichen Ursachen in unverschuldeter Erwerbslosigkeit und den Auswirkungen der Niedriglohnpolitik. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende knüpft bei der Feststellung der Hilfebedürftigkeit an den Bedarf der Gemeinschaft an, wobei das Konzept der „Bedarfsgemeinschaft“ über den Familienbegriff des Bürgerlichen Gesetzbuches hinausgeht. Hier wird das unzeitgemäße „Ernährermodell“ nicht nur fortgeschrieben, sondern ausgeweitet auf Stiefkinder, Eltern und andere im Haushalt des erwerbstätigen Mitglieds lebende Personen, bei denen der Gesetzgeber den wechselseitigen Willen vermutet, füreinander einzustehen und Verantwortung übernehmen zu wollen.

Wir fordern:

- eine grundlegende Reform der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit dem Ziel einer Individualisierung der Leistungsansprüche,
- den anrechnungsfreien Bezug des Mindestelterngeldes auch für Grundsicherungsempfänger/innen,
- die Beibehaltung der Lohnersatzquote von 67 Prozent beim Elterngeld für alle Anspruchsberechtigten unabhängig vom Einkommen,
- die Vereinheitlichung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für Kleinkind- und Kinderprodukte des täglichen Bedarfs.

Im Politikfeld Bildung: Bildung muss integrieren – nicht separieren

Bildung ermöglicht eine bewusste Lebensplanung mit unterschiedlichen Handlungsoptionen und trägt dadurch wesentlich zur Überwindung überkommener Geschlechterrollen bei. Gleichzeitig ist sie Voraussetzung für die Verwirklichung der Lohngleichheit. Erfolgsmaßstab für Bildungspolitik sind sowohl die Leistungen der Stärkeren als auch die Förderung der Schwächeren mit dem Ziel, allen eine solide Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe und wirtschaftliche Existenz zu vermitteln. Der integrativen Wirkung gemeinsamen Lernens von Anfang an kommt eine besondere Bedeutung zu.

Wir fordern:

- Ein flächendeckendes kostenfreies Ganztagsangebot an guten und zur Nutzung anregenden Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, welches allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unabhängig von personenbezogenen Faktoren, insbesondere familiären und sozialen Verhältnissen, kulturellem Hintergrund und Geschlecht offen steht.
- mit Blick auf die notwendige Eindämmung ernährungsbedingter Krankheiten frühzeitig einsetzende Ernährungserziehung der Kinder und gleichzeitige Ernährungsberatung der Eltern.